



Presseinformation

Nr. 283/2011

Kiel, Mittwoch, 25. Mai 2011

Hochschule / IFM Geomar

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Kirstin Funke: Überführung des IFM Geomar in ein Helmholtz-Zentrum ist eine Antwort auf die Herausforderung sozialdemokratischer Schuldenpolitik

In ihrer Rede zu **Top 8** (Entwurf eines Gesetzes über das Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung) sagt die hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Kirstin Funke**:

„Die Überführung des IFM Geomar in ein Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung stellt für den Landeshaushalt nicht nur eine Entlastung dar, sondern ist eine Chance, Spitzenforschung in Schleswig-Holstein weiterhin auf sichere Beine zu stellen und für das IFM Geomar das Potential zu eröffnen, im internationalen Wettbewerb noch besser zu bestehen.“ Aufgrund der Haushaltslage sei die Überführung des IFM Geomar in die Helmholtz-Gesellschaft der einzig gangbare Weg, um nicht nur die Forschung und Wissenschaft, sondern auch Schleswig-Holstein nicht ins Abseits zu stellen, so Funke.

„Die hier diskutierte Umwandlung des Forschungszentrums in ein Helmholtz-Institut gründet sich nicht auf Ursachen, die im Bereich des IFM GEOMAR selbst liegen, sondern darin, dass verschlungene Wege gefunden werden mussten, um die Finanzierung von Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Schleswig-Holstein gewährleisten zu können.“ Das Kooperationsverbot sei eine Erklärung, warum die Landesregierung diesen Weg gehen müssen. Es sei aber beileibe nicht die grundlegende Ursache für diesen Schritt gewesen.

„Grundlegend für den Schritt war die desolante Haushaltslage, die die jetzige Landesregierung gezwungen hat, alle rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen, um auch den Bund finanziell am Erhalt des Forschungsstandortes Schleswig-Holstein zu beteiligen.“ Es könne sein, dass es der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie nicht gefalle, aber die finanzielle Situation des Landes sei größtenteils ihr Verschulden. Es sei die finanzielle Erbschaft von über zwei Jahrzehnten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung, die das Land Schleswig-Holstein auch im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung an – und zum Teil sogar über – die Grenzen der Belastbarkeit getrieben habe, erklärt Funke abschließend.